

gen, welche die Schweiz seit der Mitte des letzten Jahrhunderts mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Schon nach diesen Verträgen sind heute etwa 90 Prozent aller in der Schweiz wohnhaften Ausländer von der Militärdienstpflicht und vom Militärflichtersatz befreit. Eine Änderung all dieser Staatsverträge zur Erfassung dieser Ausländer kann nicht ernsthaft ins Auge gefasst werden. Dies um so weniger, als die Auslandschweizer damit rechnen müssten, in ihrem Wohnsitzstaat der Militärdienstpflicht oder einer entsprechenden Ersatzleistung unterstellt zu werden, falls die Ausländer in der Schweiz zum Ersatz herangezogen würden. Das will der Bundesrat verhindern.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion abzulehnen.

**Meler-Zürich:** Mit meiner Motion verlange ich vom Bundesrat, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die in der Schweiz geborenen Ausländer ab dem 20. Altersjahr zu den gleichen Militärflichtersatzleistungen zu verpflichten, wie sie von militärdienstuntauglichen Schweizern erhoben werden.

Zur Antwort des Bundesrates stelle ich fest:

1. Wir befinden uns heute nicht mehr in der Mitte des letzten Jahrhunderts, als der Anteil der ausländischen Bevölkerung kaum 1 Prozent der Gesamtbevölkerung betrug.

2. Heute erhalten zum Beispiel Italiener bereits nach fünf Jahren Aufenthalt die Niederlassungsbewilligung, ohne dass der Souverän zu dieser eigenmächtig vom Bundesrat beschlossenen Massnahme Stellung beziehen konnte.

3. Bis ein Fünftel der militärdienstpflichtigen männlichen Jahrgänge in der Schweiz sind geborene ausländische Staatsangehörige.

4. Das Verhältnis der Ausländer in der Schweiz zu Schweizern im Ausland im militärdienstpflichtigen Alter beträgt über 100 zu 1. Somit müsste einer Revision der Staatsverträge in diesem Bereich erste Priorität eingeräumt werden. Im Gegensatz zum Weltkrieg 1914 bis 1918 und zum Weltkrieg 1939 bis 1945 bleiben gemäss Gesamtverteidigungskonzeption bei einem Ernstfall oder einer Grenzbesetzung alle ausländischen Jahresaufenthalter und Niedergelassenen mit ihren Familien in der Schweiz. Sie sollen dann gemäss dieser Gesamtverteidigungskonzeption die Lücken ausfüllen, die militärdienstpflichtige Schweizer an der Front in der Heimat hinterlassen werden. Aus diesen Gründen verlangt meine Motion, dass der jetzige, für mich unerträgliche Zustand, nämlich die finanzielle und freizeitleiche Benachteiligung junger militärflichtiger Schweizer gegenüber den hier geborenen Ausländern, unverzüglich beendet wird.

Ich ersuche Sie daher, meiner Motion zuzustimmen.

**Bundesrat Stich:** Der Bundesrat beantragt Ihnen, diese Motion Meier abzulehnen. Der Bundesrat ist nicht der Auffassung, wir sollten Ausländer, die hier in der Schweiz leben, dem Militärflichtersatz unterstellen. Es geht nicht um eine Steuer, sondern um eine Ersatzabgabe. Ausländer sind in der Schweiz nun einmal nicht militärdienstpflichtig, und es besteht somit auch kein Grund, eine Ersatzabgabe zu entrichten. Auf der anderen Seite steht dem auch internationales Recht entgegen. Der Bundesrat hätte die Möglichkeit, eine solche Abgabe zu verlangen, aber im wesentlichen als Retorsionsmassnahme für den Fall, dass das Ausland Schweizer Bürger, welche im Ausland geboren sind und dort leben, ebenfalls einer Militärflicht oder einer Ersatzabgabe unterstellen würde.

Aus diesen Gründen, glaube ich, muss man diese Motion ablehnen.

*Abstimmung – Vote*

Für Überweisung der Motion  
Dagegen

3 Stimmen  
70 Stimmen

85.356

**Interpellation Stappung**

**ETH Zürich.**

**Ernennung des Betriebsdirektors zum Professor EPF Zurich.**

**Directeur administratif nommé professeur**

*Wortlaut der Interpellation vom 4. März 1985*

Kürzlich hat der Bundesrat den 59jährigen Betriebsdirektor der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETHZ) zum Professor für Werkstoffwissenschaften ernannt. Der neu ernannte Professor wird weiterhin in seiner bisherigen Funktion als Betriebsdirektor und, nach seinen eigenen Aussagen gegenüber der Presse, nie als Dozent bzw. Lehrbeauftragter tätig sein. Im Gegensatz zur ETHZ, die aus dieser Ernennung keinen Nutzen zieht, profitiert nur der Ernannte vom höheren Professorengelohlt bzw. von der prämierten Ruhegehhaltsordnung für Professoren. Die Ernennung des Betriebsdirektors zum Professor hat im Lehr- und Personalkörper sowie bei den Studierenden grösstes Missfallen ausgelöst. Ich ersuche den Bundesrat um Auskunft:

1. Trifft es zu, dass vor einiger Zeit ein Beförderungsbegehren des Betriebsdirektors der ETHZ durch die Wahlbehörde negativ beurteilt und die seinerzeitige besoldungsmässige Einreihung, entsprechend dem Aufgabenbereich sowie aufgrund von Quervergleichen mit ähnlichen Funktionen innerhalb der Bundesverwaltung, für richtig befunden wurde?

2. Wie hoch ist die Differenz zwischen der bisherigen beamtenrechtlichen Besoldung als Betriebsdirektor und dem neuen Professorengelohlt?

3. Trifft es zu, dass dem Betriebsdirektor, der neu der Ruhegehhaltsordnung für Professoren untersteht, durch die Eidgenössische Versicherungskasse eine Austrittsentschädigung ausbezahlt wurde?

Wenn ja, wie hoch war die ausbezahlte Summe?

4. Ist der Bundesrat bereit, auf seinen Entscheid zurückzukommen und die Ernennung des Betriebsdirektors zum Professor aufzuheben, sofern diese Ernennung durch die Bestimmungen der Dozentenverordnung vom 16. November 1983 nicht abgedeckt ist?

5. Diesem Vorkommnis lag offensichtlich nur eine materielle Besserstellung des Ernannten zugrunde. Erachtet es der Bundesrat zur Vermeidung eines solchen Protektionismus auch als notwendig, dass die Ruhegehhaltsordnung aufgehoben und die Professoren generell der Eidgenössischen Versicherungskasse angeschlossen werden?

*Texte de l'interpellation du 4 mars 1985*

Le Conseil fédéral a nommé récemment professeur de sciences des matériaux le directeur administratif de l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich, âgé de 59 ans. Cette personne continuera à exercer sa fonction de directeur administratif mais, selon les déclarations qu'elle a faites à la presse, ne sera ni professeur ni chargé de cours. A la différence de l'EPFZ, qui ne tire aucun profit d'une telle nomination, la personne susmentionnée bénéficie du traitement élevé des professeurs et de l'exonération de primes pour la caisse de retraite. Le fait que ce directeur administratif ait été nommé professeur a vivement déplu au corps enseignant et au personnel, ainsi qu'aux étudiants. Je pose au Conseil fédéral les questions suivantes:

1. Est-il exact qu'une demande d'avancement présentée il y a quelque temps par le directeur administratif de l'EPFZ a été rejetée par les autorités habilitées à nommer, et que sa classification en matière de traitement a été considérée comme équitable, compte tenu des tâches à remplir et de la comparaison avec des fonctions analogues au sein de l'administration fédérale?

2. A combien se monte la différence entre le traitement du directeur administratif et celui du professeur récemment nommé?

3. Est-il exact que le directeur administratif, qui est maintenant soumis au règlement de la caisse de retraite pour professeurs, s'est vu verser une indemnité de sortie par la Caisse fédérale d'assurance?

Dans l'affirmative, de quelle somme s'agit-il?

4. Le Conseil fédéral est-il prêt à revenir sur sa décision et à annuler la nomination précitée, dans la mesure où cette nomination ne se fonde pas sur les dispositions de l'ordonnance du 16 novembre 1983 sur les professeurs?

5. Manifestement, cet incident n'a eu pour effet que d'améliorer la situation financière de l'intéressé. Aux fins d'éviter un tel favoritisme, le Conseil fédéral n'estime-t-il pas qu'il convient d'abroger le règlement de la caisse de retraite et d'affilier d'une manière générale les professeurs à la Caisse fédérale d'assurance?

**Stappung:** Zu Beginn dieses Jahres hat der Bundesrat den Direktor der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich zum Professor der Werkstoffwissenschaften ernannt. Im Zusammenhang mit dieser Ernennung gibt es eine ganze Reihe von Ungereimtheiten. Es gibt auch eine Vorgesichte. Ein früheres Beförderungsbeglehen des Betriebsdirektors wurde von der Wahlbehörde abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte aufgrund von Quervergleichen innerhalb der allgemeinen Bundesverwaltung. Der Betriebsdirektor der ETH Zürich war im Vergleich mit gleichen Funktionen innerhalb der Bundesverwaltung und aufgrund seines Aufgabebereichs richtig eingestuft und damit auch richtig besoldet. Offenbar stand man aber seitens des Schulrates dem Beförderungsbeglehen des Betriebsdirektors nachsichtig gegenüber und war bestrebt, den Betriebsdirektor finanziell besser zu stellen.

Der Schulrat beantragte dem Bundesrat, den Betriebsdirektor als Professor zu wählen. Anlaufstelle des Schulrates für den Bundesrat ist das Departement des Innern. Ich bin daher überrascht, dass meine Interpellation heute vom Vorsteher des Finanzdepartementes bearbeitet wird; aber das ist offenbar symptomatisch.

Es ist vorauszusetzen, dass der Schulrat die Verordnung über die Dozenten der ETH vom 16. November 1983 bestens kennt. Der gleiche Schulrat hatte keine Skrupel, wichtige, in diesem Erlass stipulierte Bestimmungen vorsätzlich zu missachten. Der Betriebsdirektor erfüllt keine der in der Dozentenverordnung verlangten Voraussetzungen. Er hat keine Habilitation gemacht und erteilt schon gar nicht Unterricht, wie das von einem Professor verlangt wird. Es ist mir ein Rätsel, wie der Schulrat dem Bundesrat als Wahlbehörde diese Wahl unterjubeln konnte.

Die Ernennung zum Direktor kann auch nicht als Verstärkung der Führung dargestellt werden. Die Führung ist eine Frage der Persönlichkeit und des Wissens und nicht des Titels. Für den Betriebsdirektor, der als Professor weiterhin ausschliesslich in der Administration tätig ist, handelt es sich aber um einen lukrativen Dreh. Neben der unverdienten Aufstockung vom Direktoren- zum Professorengehalt hat ihm die Eidgenössische Versicherungskasse noch Geld nachgeschossen. 25 000 Franken sollen ihm ausbezahlt worden sein.

Dafür gehört er jetzt der prämierten Ruhegehaltsordnung für Professoren an. Dieses Vorkommnis muss man vor dem Hintergrund der von eben diesem Schulrat immer wieder verfüzten Sparmassnahmen, so unter anderem der Schliessung von Instituten und der damit verbundenen Entlassung von Personal, sehen. Gerade für solche Massnahmen ist der fragliche Direktor mindestens mitverantwortlich. Es ist daher mehr als begreiflich, dass diese Wahl nicht nur bei den Professoren der ETH, sondern beim gesamten Personal sowie bei der Studentenschaft grösstes Missfallen auslöste. Solche Machenschaften grenzen an Günstlingswirtschaft und an Korruption. Wenn sich der Bundesrat nicht dem Vorwurf aussetzen will, derart miese Machenschaften trotz

besserem Wissen zu decken, wäre er gut beraten, auf diese Wahl zurückzukommen. Weil die Voraussetzungen nicht erfüllt sind, erfolgte die Wahl unrechtmässig und ist daher rückgängig zu machen.

**Bundesrat Stich:** Es trifft zu, dass die Höhereinreihung der Stelle des Betriebsdirektors mit Bundesratsbeschluss vom 26. Januar 1983 abgelehnt wurde. Der Antrag auf Neubewertung bezog sich aber auf die bisherige Leitungsstruktur der ETH Zürich. Inzwischen ist die Schulleitung der ETH Zürich mit der Schaffung von Vizepräsidenten und der Einführung des Kollegialprinzips wesentlich verstärkt worden, was sich auch auf die genannte Stelle auswirkte. Die Besoldung im Amte des Betriebsdirektors der Überklasse Stufe 6 betrüge (Stand 1. Januar 1985), inklusive Teuerungszulagen und Ortszuschlag, 141 715 Franken, das Gehalt als ordentlicher Professor inklusive zwölf Alterszulagen 163 677 Franken, die Differenz somit 21 962 Franken.

Die Austrittsentschädigung bei Übertritt in eine Ruhegehhaltsordnung des Bundes wird nach Artikel 9 der Verordnung über die Eidgenössische Versicherungskasse berechnet. Das nach Abzug der Einkaufssumme für die Witwen- und Waisenkasse verbleibende Restguthaben von 22 759 Franken wurde bar ausbezahlt. Ab 1. Januar 1985 sind Barabfindungen in Fällen wie dem vorliegenden nicht mehr möglich.

Gemäss den allgemeinen Anstellungsbedingungen haben Professoren der ETH eine Lehrverpflichtung von 15 Stunden Vorlesungen in der Woche, nebst den dazugehörenden Repetitionen, Übungen und Praktika, zu übernehmen. Bei der Ernennung von Dr. Freitag zum Professor waren die Lehrprogramme bereits seit Monaten festgelegt. Im Sommersemester wird Professor Freitag an einem wöchentlichen Seminar teilnehmen und im Wintersemester 1985/86 ein Seminar über die Tribologie halten. Die Bestimmungen der Dozentenordnung werden dadurch eingehalten.

Die Frage der Aufhebung der Ruhegehhaltsordnung für Professoren der ETH und die Eingliederung in die Eidgenössische Versicherungskasse werden wir im Rahmen der bevorstehenden Revision der Statuten der EVK behandeln.

**Präsident:** Herr Stappung hat Gelegenheit zu erklären, ob er von der Antwort des Bundesrates befriedigt ist.

**Stappung:** Ich bin von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt und beantrage Diskussion.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Stappung  
Dagegen

Mehrheit  
Minderheit

**Stappung:** Die Voraussetzungen zur Wahl sind in der Dozentenverordnung klar umschrieben. Zudem ist der Schweizerische Schulrat verpflichtet, der Wahlbehörde, also dem Bundesrat, die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Wörtlich heisst es in Artikel 4 Absatz 2: «Der Schulrat stellt zu allen Teilen des Wahlbeschlusses Antrag. Er legt seinem Antrag einen Bericht über das Auswahlverfahren und ein Gutachten über den Kandidaten bei.» In Artikel 6 sind die Aufgaben der Professoren klar umschrieben: «Die Professoren sind verpflichtet, in ihrem Lehrgebiet Unterricht zu erteilen. Zum Unterricht zählen Vorlesungen, Übungen und Praktika sowie Repetitorien, Seminarien, Exkursionen usw. Die Professoren nehmen die vorgeschriebenen Prüfungen ab und beurteilen die in ihrem Lehr- und Forschungsgebiet eingereichten wissenschaftlichen Arbeiten wie Diplomarbeiten, Promotionsarbeiten und Habilitationsschriften. Sie fördern ihr Lehrgebiet durch eigene Forschung.» Das ist der Aufgabenbereich, wie er in der Dozentenverordnung umschrieben ist.

Wenn heute seitens des Bundesrates erklärt wird, Dr. Freitag führe Seminarien durch, so ist das nichts anderes als reine Schönfärberei zur Übertünchung dieser Wahl, die nicht hätte erfolgen dürfen.

Prof. Freitag hat gegenüber der Presse persönlich erklärt, dass er nicht in der Lehre tätig sein werde. Sein Aufgabenbereich bleibe auch nach seiner Wahl zum Professor unverändert dasjenige des Betriebsdirektors der ETH Zürich. Ich glaube, das sollte nun doch genügen, um dem Bundesrat aufzuzeigen, dass er hier einem Antrag des Schulrates, der in keiner Weise begründet war, aufgefressen ist und dass er auf seinen Fehlentscheid zurückkommen sollte.

**Bundesrat Stich:** Der Bundesrat ist selbstverständlich angewiesen auf die Unterlagen und die Auskünfte des Schulrates; etwas anderes stand uns nicht zur Verfügung.

**Stappung:** Ich bin von den erhaltenen Antworten nicht befriedigt.

85.478

### Postulat Eisenring

#### Bankgeheimnis. Empfehlungen der OECD Secret bancaire. Recommandation de l'OCDE

*Wortlaut des Postulates vom 18. Juni 1985*

Der Bundesrat wird eingeladen, die von Bundesrat Stich dargelegte voraussichtliche Stellungnahme der Schweiz zu Bericht und Empfehlungen des OECD-Ausschusses bzw. des OECD-Rates zum Bankgeheimnis in dem Sinne zu überprüfen, dass er statt der Stimmenthaltung ein klares und unserem Land würdiges Nein deponiert.

*Texte du postulat du 18 juin 1985*

Le Conseil fédéral est prié de reconsidérer la position présentée par le conseiller fédéral Stich et que la Suisse entend adopter lors du vote portant sur le rapport et les recommandations sur le secret bancaire proposés par le comité et le Conseil de l'OCDE: plutôt que de s'abstenir, il conviendrait de rejeter par un non clair et net, digne de notre pays, les propositions de l'OCDE.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Auer, Bonny, Bremi, Feigenwinter, Fischer-Sursee, Graf, Hess, Hofmann, Landolt, Mühlemann, Oehler, Ogi, Schüle, Weber Leo (14)

**Präsident:** Herr Eisenring teilt mit, dass er sein Postulat zurückgezogen hat.  
Damit haben wir alle persönlichen Vorstösse behandelt. Wir kommen zum nächsten Geschäft.

83.070

### Fuss- und Wanderwege. Bundesgesetz Chemins pour piétons et chemins de randonnée. Loi

Botschaft und Gesetzentwurf vom 26. September 1983 (BBI IV, 1)  
Message et projet de loi du 26 septembre 1983 (FF IV, 1)

Beschluss des Ständerates vom 14. März 1984  
Décision du Conseil des Etats du 14 mars 1984

*Antrag der Kommission*  
Eintreten

*Proposition de la commission*  
Entrer en matière

**Präsident:** Hier beantragt Ihnen die Fraktionspräsidentenkonferenz die Eintretensdebatte auf die Kommissionsprescher zu beschränken.

**M. Ruffy, rapporteur:** Afin de respecter le nouvel article 3<sup>quinièmes</sup> de la loi sur les rapports entre les conseils, je me dois de vous informer que je fais partie du groupe de travail chargé de suivre les collaborateurs de l'Institut de géographie de l'Université de Berne mandatés par le Département fédéral de l'intérieur pour dresser l'«Inventaire des voies de communication historiques en Suisse».

L'initiative populaire pour le développement des chemins et des sentiers fut déposée le 21 février 1974, il y a donc plus de onze ans. Son histoire compte de nombreuses péripéties et le cheminement qui va de son dépôt à la discussion d'aujourd'hui fut long et un peu chaotique. Le traitement de cet objet intervient alors même que les déterminations de votre commission ont été prises au mois de septembre de l'année dernière; c'est un élément de plus qui vient s'ajouter au tracé plutôt sinueux de cette loi et qui n'est pas forcément à mettre à l'actif du parlement de milice. C'est pourtant un peu notre loi. Sans vouloir faire ici un historique détaillé, il convient de rappeler que notre Chambre a refusé en 1977 de suivre le Conseil fédéral et le Conseil des Etats qui voulaient recommander le rejet du nouvel article constitutionnel tel qu'il était présenté par les initiants, et ceci sans contre-projet. Sans rien enlever au mérite des initiants, c'est un peu grâce à la volonté de notre conseil que ce contre-projet est devenu, le 18 février 1979, le nouvel article constitutionnel 37<sup>quater</sup>. L'approbation fut massive puisque c'est par 1 467 357 voix favorables contre 424 058 non et par 19 cantons et 6 demi-cantons contre 1 que l'article 37<sup>quater</sup> a été accepté en votation populaire; le canton rejetant étant le canton du Valais.

Lors de l'examen du projet de loi présenté par le Conseil fédéral, le Conseil des Etats, se sentant dégagé de toute responsabilité vis-à-vis de la matière même et estimant qu'il n'était pas de son devoir de développer une législation au niveau fédéral, résonna surtout en fonction de la répartition des tâches entre Confédération et cantons, parla de frein aux dépenses et se détermina en fonction du blocage de l'effectif du personnel et de l'orthodoxie fédéraliste. Lors de son passage devant la Chambre haute, la version de la loi proposée par le Conseil fédéral fut amoindrie à un point tel qu'un journal put titrer: «Une loi pour rire».

A l'inverse, votre commission se sentant fortement impliquée, engagée par le verdict populaire, responsable vis-à-vis du tiers de la population qui se déplace essentiellement à pied, sensible à la disparition annuelle de mille kilomètres du réseau des chemins pédestres en Suisse, s'est appliquée à vérifier quelle version permettrait de remplir au mieux le mandat constitutionnel, se refusant catégoriquement à légiférer pour la forme. Vous ne serez dès lors pas surpris de constater que votre commission vous propose sur certains points de ne pas suivre le Conseil des Etats, convaincue qu'elle est que la sauvegarde et l'aménagement des chemins pour piétons et de randonnées pédestres relèvent davantage de la prévision sage et clairvoyante que de la nostalgie ou du passéisme. Le projet de loi qui nous est soumis est l'exemple type d'une loi-cadre selon laquelle la Confédération a la haute surveillance et les cantons gardent une très large marge de manœuvre pour agir selon leurs propres idées, leur propre conception.

Après la procédure de consultation, il apparaît comme évident que la Confédération a fait la moitié du chemin. Selon la loi, les cantons auront à élaborer les plans des réseaux des chemins pour piétons et de randonnée pédestre. Ceux-ci feront foi pour le maintien de ces chemins en cas de conflit. Les chemins portés sur les plans devront être entretenus et au cas où leur disparition ne pourrait être empêchée, ils devront être remplacés. Ces tâches incombent aux cantons qui pourront, comme la Confédération d'ailleurs, recourir aux organisations spécialisées dans la défense des piétons, nous pensons aux Associations pour le tourisme

## **Interpellation Stappung ETH Zürich. Ernennung des Betriebsdirektors zum Professor**

## **Interpellation Stappung EPF Zürich. Directeur administratif nommé professeur**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1985
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.356
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.09.1985 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1370-1372
Page	
Pagina	
Ref. No	20 013 689

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.